

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 07.05.2013

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:45 Uhr

Anwesend sind:

Herr Harald Bartl	parteilos	16:30 Uhr bis 17:50 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 17:50 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 17:50 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 17:50 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 17:50 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 17:50 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 17:50 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 17:50 Uhr
Herr Gerhard Pitsch	NPD	16:30 Uhr bis 17:50 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:45 Uhr bis 17:50 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	Vertreter: Herr Bartl
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
4. Information
- 4.1. Eröffnungsbilanz der Stadt Halle (Saale) - Information zu den Eckpunkten und der Bewertungssystematik
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. mündliche Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Information

Herr Geier stellte die neue Fachbereichsleiterin Finanzen, Frau Wolff, vor.

zu 4.1 Eröffnungsbilanz der Stadt Halle (Saale) - Information zu den Eckpunkten und der Bewertungssystematik

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Müller, Herr Misch, Herr Weihrich, Frau Nagel, Herr Dr. Wiegand, Herr Geier, Frau Rudolf (Fachbereich Finanzen, Teamleiterin Forderungsmanagement), Herr Rauschenbach (Geschäftsführer Rauschenbach

& Kollegen GmbH, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft) und Herr Lork (Vorstand participationsManagementAnstalt Halle (Saale).

Herr Dr. Meerheim ließ das Rederecht von Herrn Rauschenbach abstimmen.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Dr. Wiegand, dass Herr Rauschenbach als Finanzberater der Stadt tätig sei. Bereits vor Beginn seiner Amtszeit als Oberbürgermeister wurden von der Stadtverwaltung an die Firma Rauschenbach mehrere Aufträge erteilt, u. a. die Beratung und Begleitung bei der Erarbeitung der Eröffnungsbilanz der Stadt.

Abstimmung über das Rederecht von Herrn Rauschenbach:

einstimmig zugestimmt

Herr Geier stellte im Rahmen der Präsentation (wurde als Tischvorlage ausgegeben und ist in elektronischer Form im Session eingestellt) die Methodik der Erarbeitung der Eröffnungsbilanz vor. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass die ausgeführten Zahlen unter dem Vorbehalt der Bestätigung durch das Rechnungsprüfungsamt stehen.

(16:45 Uhr – Herr Weihrich kam in die Sitzung.)

Herr Rauschenbach erläuterte die Bewertung der einzelnen Positionen der Eröffnungsbilanz. Er ging u. a. auf das kommunale Anlagevermögen und die Bewertung von Kunstgegenständen ein. Im Jahr 2016 sei die Stadt gesetzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss inklusive aller städtischen participations zu erstellen.

Bezüglich der Bodenrichtwerte führte Frau Rudolf auf Anfrage aus, dass die per 01.12.2012 gültige Bodenrichtwertkarte lt. Bewertungsrichtlinie bei der Bewertung von Grund und Boden in Anwendung gebracht wurde.

Herr Rauschenbach ergänzte, dass in den Folgejahren regelmäßige Überprüfungen stattfinden und eventuelle Anpassungen vorgenommen werden müssen.

Auf Nachfrage zu den städtischen Unternehmen informierte Herr Rauschenbach, dass gemäß der Bewertungsrichtlinie das anteilige städtische Eigenkapital in Ansatz gebracht wurde. Dies sei eine statische Betrachtung, die gesetzlich vorgeschrieben und somit auch in allen anderen Kommunen angewendet werde. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht seien auch andere Bewertungen möglich.

Herr Lork erläuterte andere mögliche Bewertungsmethoden.

Zur Bewertung der Straßen legten Frau Rudolf und Herr Rauschenbach dar, dass durch den Fachbereich eine umfangreiche Dokumentation erarbeitet wurde. Die Straßen seien in 6 Bauklassen eingeordnet worden. Durch diese Einordnung habe sich die Restnutzungsdauer ergeben. 0 sei mängelfrei und 5 schadhaft. Mit dieser Erfassung für die Eröffnungsbilanz sei eine gute Datengrundlage als Analyse für die weitere Arbeit geschaffen worden. Aufgrund von stetigen Veränderungen sei eine jährliche Fortschreibung notwendig.

Da die Höhe der Abschreibungen auch für den aktuellen Haushalt Relevanz habe, wurde nach dem Stand gefragt. Herr Rauschenbach erläuterte, dass 90 % der notwendigen

Erfassungsarbeiten erledigt seien. Zurzeit ergebe sich eine Abweichung in Höhe von ca. 75 – 80 T€. Somit seien keine größeren Abweichungen im Nachtragshaushalt zu erwarten.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten zur Beratung vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten zur Beratung vor.

zu 7 Mitteilungen

Haushalt 2013

Herr Dr. Wiegand führte aus, dass das Landesverwaltungsamt am 6. Mai 2013 den Haushalt der Stadt Halle (Saale) aus rein formalen Gründen beanstandet habe. Alle inhaltlichen Fragen zum Haushalt konnten der Kommunalaufsicht beantwortet werden. Aus diesem Grund habe er am 3. Mai 2013 eine Dienst- und Fachaufsichtsbeschwerde beim Innenministerium eingereicht.

Aktuell verdichten sich die Hinweise, dass der Haushalt der Stadt modifiziert genehmigt wird. Die Anstrengungen der Stadt würden gewürdigt und die Interessen Einzelner hätten sich nicht durchgesetzt. In einer Rücksprache mit dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt wurde er in seiner Auffassung bestärkt, dass eine Kündigung der umstrittenen Mitarbeiter aufgrund des Tarifrechtes nicht möglich sei, wohl aber der Vermerk an den Stellen im Stellenplan „kw“ (künftig wegfallend).

Als nächsten Schritt werde er dem Stadtrat einen Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt für das Haushaltsjahr vorlegen, der den Beitritt zur avisierten kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vorschlage. Er warb für die Beschlussfassung, um z. B. den Vereinen die dringend benötigten finanziellen Mittel auszahlen zu können. Weiterhin könne mit aller Kraft der notwendige Konsolidierungsprozess fortgesetzt werden. Zur Sicherung des Vermögens der Stadt und zur Herstellung einer gesunden Haushaltssituation sollen mit allen möglichen Beteiligten Einsparungspotentiale aufgezeigt, geprüft und umgesetzt werden.

Mit der Vorlage der Eröffnungsbilanz wurde ein wichtiger Schritt für die Stadt vollzogen. Die Vermögenslage wurde erfasst und nun könne der Ressourcenverbrauch dokumentiert werden.

Im September werden der Nachtrag und der Haushaltsplan für das Jahr 2014 vorgelegt. Herr Dr. Wiegand bat die Mitglieder des Stadtrates um eine konstruktive Begleitung des Prozesses.

zu 8 mündliche Anfragen

Herr Müller führte aus, dass der Presseinformation vom 6. Mai 2013 zu entnehmen war, dass Herr Dr. Wiegand in seiner Fachaufsichtsbeschwerde an das Innenministerium die Befangenheit des für die Haushaltprüfung zuständigen Mitarbeiters des Landesverwaltungsamtes angesprochen habe. Er fragte, ob dies stimme, in welcher Form die Kritik ausgesprochen wurde und wie der weitere Fortgang des Verfahrens erwartet werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bestätigte, dass er interveniert habe. Über den weiteren Fortgang des Verfahrens werden zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussagen getroffen, da die Mitteilung des Landesverwaltungsamtes abgewartet werde.

Herr Müller bat um weitere Erläuterungen. Daraufhin sagte Herr Dr. Wiegand eine schriftliche Antwort zu.

Hinweis im Nachgang der Sitzung:

*Postausgang der Antwort am 22.05.2013 durch die Geschäftsstelle des Stadtrates.
Zusätzlich ist die Antwort als Anlage dieser Niederschrift beigelegt und in Session eingestellt.*

zu 9 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Egbert Geier
Bürgermeister

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Martina Beßler
Protokollführerin